



Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

Antworten von
Bündnis 90 / Die Grünen, SPD,
CDU / CSU, DIE LINKE und FDP

Stand: September 2021

Bundesverband der Regionalbewegung e.V.
Hauptgeschäftsstelle
Hindenburgstraße 11, 91555 Feuchtwangen
info@regionalbewegung.de, T: 09852 1381

Zweigstelle
Zur Specke 4, 34434 Borgentreich
info-zweigstelle@regionalbewegung.de, T: 05643-948537

I Schutz vor Mogelpackungen

Wie steht ihre Partei zum Einsatz von Kriterien und Richtlinien für den Schutz einer glaubwürdigen Regionalität der Lebensmittel und für den Schutz vor Mogelpackungen? Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um diese politisch zu verankern?

Antwort der CDU/CSU

CDU und CSU wollen mehr Transparenz beim Lebensmitteleinkauf. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sollen klar erkennen können, was in den Lebensmitteln steckt, woher sie kommen und wie sie erzeugt wurden. So bringen wir sie auch wieder näher mit der Landwirtschaft zusammen. Unser Ziel ist auf EU-Ebene eine aussagekräftige, für die Verbraucherinnen und Verbraucher besser erkennbare Herkunftskennzeichnung für mehr Lebensmittel. Ein weiteres wichtiges Ziel von CDU und CSU ist es, Regionalität besser sichtbar zu machen. Immer mehr Menschen legen Wert auf regionale Lebensmittel. Für viele sind sie ein Stück Heimat. Wir werden das sogenannte Regionalfenster, mit dem die Bundesregierung eine informative Kennzeichnung regionaler Erzeugnisse geschaffen hat, bekannter machen, mehr Hersteller für die Verwendung gewinnen und Großverbraucher bei regionalen Lebensmitteln in die Verantwortung nehmen. Zudem setzen uns dafür ein, dass Bund und Länder sich auf verbindliche Mindeststandards für die Werbung mit Regionalprodukten einigen.

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen

Wir GRÜNE wollen die Regionalkennzeichnung verbessern, indem wir zum einen das bereits bestehende, freiwillige Regionalsiegel „Regionalfenster“ weiterentwickeln, um seine Glaubwürdigkeit zu stärken. Zum anderen wollen wir zum Schutz vor Irreführung die freiwillige Verwendung von Regionalangaben an die Bedingung knüpfen, dass die Kriterien hierfür auf dem Produkt transparent gemacht werden sollen.

Auf Produkten, die beispielsweise mit der Angabe „regional“ vermarktet werden, soll durch eine solche verpflichtende Positivkennzeichnung dieser Begriff klar definiert werden müssen. So wird für Verbraucher*innen deutlich, was die jeweilige Regionalangabe tatsächlich bedeutet.

Antwort von DIE LINKE

Eine Regionalkennzeichnung der Lebensmittel, die ihren Namen verdient, ist dringend notwendig. DIE LINKE möchte ein Gesetz, das gesetzliche Kriterien für eine zulässige Regionalkennzeichnung für Lebensmittel festlegt und sich am bereits bestehenden bundesweiten "Regionalfenster" orientiert. Dieses muss jedoch nachgebessert werden. Verschleierte Kennzeichnung von Lebensmitteln und irreführende Werbung sind gesetzlich zu verbieten. Wir wollen klare und täuschungsfreie Angaben über die Region, die Herkunft der Zutaten und den Verarbeitungsort. Dazu müssen insbesondere die Vorgaben hinsichtlich des Mindestanteils (der liegt derzeit bei 51 %) regionaler Zutaten bei zusammengesetzten Produkten erhöht, die Regionsgröße auf grundsätzlich 100 Kilometer beschränkt und Vorgaben über die Herkunft der Futtermittel als Kriterien aufgenommen werden. Zu untersagen sind die Bildung von Großregionen, die Verwendung zusätzlicher Regionalkennzeichnungen oder sonstiger Regionalwerbung sowie der sog. Verarbeitungstourismus.

Antwort von der FDP

Wir Freie Demokraten wollen regionale Wertschöpfungsketten stärken. Verbraucherinnen und Verbrauchern sollen die Möglichkeit haben, die Regionalität von Lebensmitteln entsprechend nachvollziehen zu können. Zur Kennzeichnung beziehungsweise Zertifizierung regionaler Lebensmittel steht eine Vielzahl von Instrumenten zur Verfügung - von europarechtlich geschützten Herkunftsbezeichnungen (g.g.A., g.U. oder g.t.S.) über das Regionalfenster bis hin zu Qualitätszeichen der Länder. Auch haben private Zertifizierungssysteme zum Teil bereits eine hohe Marktdurchdringung erreicht und sind von Verbraucherinnen und Verbrauchern anerkannte Kennzeichnungen. Aufgrund dieser Vielfalt und der verschiedenen Anforderungen an den Begriff Regionalität, ausgehend von Produkt und Verarbeitungsstufe, ergibt sich kein einfacher gesetzgeberischer Lösungsansatz. Die Glaubwürdigkeit entsprechender Kennzeichnungen steht und fällt in jedem Fall mit einer verlässlichen externen Kontrolle der zertifizierten Standards.

Antwort der SPD

Verbraucher*innen haben ein Recht zu erfahren, woher ihre Lebensmittel kommen. Auch um das Klima zu schützen und wegen der Frische bevorzugen Viele Lebensmittel, die von der Erzeugung bis auf den Markt möglichst kurze Wege haben. Erschwert wird die Auswahl durch eine unzureichende Herkunftskennzeichnung und einem Wirrwarr bei den regionalen Angaben. Wir setzen uns ein für eine verpflichtende Angabe des Herstellers auf allen Lebensmittelverpackungen und klarere gesetzliche Vorgaben für die Regionalkennzeichnung. Dazu gehört eine Definition der „Region“, die den Verbrauchererwartungen entspricht, und die Vorgabe, dass mindestens 75 Prozent der Zutaten eines Produkts aus dieser Region stammen müssen.

II Unterstützung der Nahversorger

Die Wirtschaftlichkeit ist bei vielen Regionalvermarktungsinitiativen eine große Herausforderung (zu geringe Margen, logistische Rahmenbedingungen, bürokratische Auflagen). Wie möchten Sie diese wichtigen Akteure der Nahversorgung im Sinne einer resilienten Daseinsvorsorge unterstützen?

Antwort der CDU/CSU

CDU und CSU sehen in Regionalvermarktungsinitiativen und Regionalmarken einen wichtigen Teil der regionalen Wirtschaft. Die Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen landwirtschaftlicher Erzeugnisse kann über die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) gefördert werden. Für den ökologischen Landbau gibt es zudem auch Möglichkeiten der Förderung von Informationen von Verbraucherinnen und Verbrauchern über regionale Wertschöpfungsketten aus dem Bundesprogramm ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN). Diese Förderungen werden wir fortführen.

Darüber hinaus wollen wir eine Nationale Lebensmittelagentur auf den Weg bringen. Sie soll für heimische regionale Produkte, unsere hohen Standards und unsere Art zu produzieren in Deutschland, aber auch in der Welt werben und so mehr Wertschätzung für unsere Lebensmittel und unsere Landwirtschaft erreichen. Wir werden den Dialog zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft führen, bei dem auch über faire Lebensmittelpreise diskutiert werden soll. Die Verbraucher wollen wir für den Wert regionaler Erzeugung sensibilisieren und für die Akzeptanz höherer Preise gewinnen.

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen

Nahversorgung ist ein wichtiges Element, um die Attraktivität der Regionen zu stärken und Wegzug - auch im Alter - zu verhindern bzw. Zuzug zu ermöglichen. Zentral für die Regionalvermarktungsinitiativen sind Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung sowie das Lebensmittelhandwerk vor Ort. Das wollen wir GRÜNE mit gezielten, den Betriebsgrößen angemessenen Maßnahmen und Förderung unterstützen sowie Raum und Förderung für Innovationen und neue Verkaufsstellenkonzepte im Lebensmittelhandwerk bereitstellen.

Wir wollen mehr Nachfrage schaffen, indem wir in öffentlichen Einrichtungen verstärkt regionale und ökologische Produkte einsetzen und Regionalität in Vergabeverfahren stärker berücksichtigen. Regionalsiegel und Direktvermarktung unterstützen wir, z.B. durch lokale Einkaufs-Apps. Öffentliche Gelder und gezielte Beratung zum Umgang mit Auflagen und Kennzeichnungsvorschriften sollen vorrangig kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben und Handwerker*innen zugutekommen.

Antwort von DIE LINKE

Regionale Wirtschaftskreisläufe (Produktion, Verarbeitung, Vermarktung) müssen massiv gefördert werden für mehr Unabhängigkeit von internationalen Lieferketten. Dazu braucht es eine Handelspolitik, die heimische Produktion schützt und hohe Menschenrechts-, Umwelt- und Tierschutzstandards überall einfordert. Wir setzen uns ein für konsequente Rekommunalisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, für die Förderung von zumeist regional verankerten Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU). Auch aus diesem Grund lehnen wir die "Freihandelsverträge" (TTIP, CETA, Jefta, TiSa etc.) ab, da regionale Strukturen zerstört und politische Entscheidungen vor Ort ausgehebelt werden. Auch zur Fachkräftesicherung in der Land- und der ländlichen Lebensmittelwirtschaft für die Versorgungssicherheit ist die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und existenzsichernder ländlicher Einkommen wichtig. Wir schlagen darüber hinaus das Förderprogramm "Jedes Dorf braucht einen Laden" vor und eine Reform des Gewerbemietrechts zum Schutz und für die Wiederansiedlung kleiner Läden, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe.

Antwort von der FDP

Wir Freie Demokraten wollen weniger Bürokratie und einfachere Regelungen auf unterschiedlichen Ebenen, von Steuer- bis Sozialpolitik, für kleine und mittlere Unternehmen. Dies würde auch Regionalvermarktungsinitiativen entlasten und nachhaltig wettbewerbsfähiger machen. Voraussetzungen hierfür sind eine flächendeckend zukunftstaugliche digitale Infrastruktur, leistungsfähige Verkehrswege und ein starkes duales Bildungssystem. Abwanderung, Überalterung und Fachkräftemangel setzen dem Mittelstand im ländlichen Raum, besonders in der Agrarwirtschaft, hart zu. Deshalb brauchen wir moderne Ansätze, insbesondere auch in den ländlichen Regionen. Den Ausbau der digitalen Infrastruktur wollen wir nachfrageorientiert und kosteneffizient beschleunigen, indem wir mit Gigabit-Gutscheinen kleine und mittlere Unternehmen sowie private Haushalte schneller anbinden.

Antwort der SPD

Regionalvermarktungsinitiativen sollten möglichst viel Unterstützung erfahren, unter anderem durch ein Bundesprogramm Regionalvermarktung. Dadurch kann ein größerer Teil der Wertschöpfung in der Region verbleiben, zudem wird die Position der Bäuerinnen und der Bauern gestärkt.

III Krisenfeste Daseinsvorsorge

Die Corona-Pandemie hat die Anfälligkeit globaler Lieferstrukturen aufgezeigt. Bund und Länder müssen für Rahmenbedingungen sorgen, die es Kommunen ermöglichen, eine krisenfeste Daseinsvorsorge zu betreiben. Wie möchten Sie hier agieren?

Antwort der CDU/CSU

Die unionsgeführte Bundesregierung hat die Kommunen in der vergangenen Legislaturperiode massiv unterstützt – auch während der Corona-Pandemie. So haben Bund und Länder insb. die Gewerbesteuerausfälle der Kommunen ausgeglichen. Grundsätzlich sind aber die Länder in der Verantwortung, eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen sicherzustellen.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Städte und Gemeinden aus eigener Kraft die unterschiedlichen Herausforderungen vor Ort bewältigen können. Dazu brauchen Kommunen verlässliche Finanzierungsquellen. Wir werden die kommunal relevanten Förderprogramme zusammenfassen und auf einer Online-Plattform bündeln, damit sie dort einfacher beantragt und abgewickelt werden können. In einer Föderalismusreform werden wir einen neuen Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen schmieden. Wir werden alles auf den Prüfstand stellen, eine Analyse der staatlichen Aufgaben erstellen und den Grundsatz der Subsidiarität konsequent anwenden. Wir werden die Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Kommunen zeitgemäß ordnen und eine aufgabengerechte Finanzverteilung festlegen.

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen

Die Krise hat gezeigt, dass wir unsere lokale und regionale Versorgung ausbauen müssen. Wir GRÜNE wollen die Regionalvermarktung stärken und Netzwerke unterstützen, die Nahversorgung in Stadt und Land vor Ort etablieren. Dazu gilt es, die Stadt-Umland-Beziehungen zu befördern, um Erzeuger*innen und Verbraucher*innen besser zu vernetzen und die Versorgung zu verbessern. Unabhängig von der Krise müssen finanzschwache Kommunen unterstützt werden, eine bedarfsgerechte Daseinsvorsorge inkl. flächendeckendem Breitbandausbau und ÖPNV-Angebot aufzubauen. Dafür wollen wir GRÜNE eine neue Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Daseinsvorsorge" einrichten.

Antwort von DIE LINKE

Schon vor der Corona-Pandemie zeigten sich die negativen Effekte einer globalen landwirtschaftlichen Warenproduktion. Daher kämpft DIE LINKE schon lange für eine Agrarwende, die eine regionale Ausrichtung der Agrarpolitik vorsieht und sich für eine Abkehr vom globalen Wettbewerbsdruck für agrarische Produkte einsetzt. Wir wollen Konzernmacht durch eine gemeinwohlorientierte Reform des Kartellrechts beschränken, faire Risiko- und Gewinnverteilung in der gesamten Erzeugerkette (Lieferketten-gesetz), regionalisierte Lebensmittelmärkte mit einem Umsatzanteil von mindestens 20 Prozent, Regionalisierung mit 20 Millionen Euro jährlich über den Bundeshaushalt fördern und lokale Ernährungsstrategien und Ernährungsräte fördern.

Antwort von der FDP

Die Pandemie hat in der Tat gezeigt, dass resiliente Lieferketten unerlässlich sind. Dazu zählt auch, unsere nachhaltige, regionale Produktion zu stärken. Wir Freie Demokraten wollen die Ziele unserer multifunktionalen Landwirtschaft in Einklang bringen. Wir setzen dabei auf Natur- und Artenschutz durch Kooperationen statt starrer Auflagen und Bewirtschaftungseinschränkungen. Vor dem Hintergrund der wachsenden Weltbevölkerung und steigenden Nachfrage nach Lebensmitteln bedarf es einer nachhaltigen Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion. Gleichzeitig stellt der Klimawandel die Landwirtschaft weltweit vor große Herausforderungen und bedroht die Ernten. Damit geht auch eine enorme Verantwortung für Deutschlands hochentwickelte Industrienation einher, weiterhin seinen Beitrag zur globalen Nahrungsmittelsicherheit durch moderne, ressourcenschonende Produktionsverfahren zu leisten. Wir sehen dabei große Chancen in der Nutzung innovativer Technologien wie Smart Farming oder neuer Züchtungstechniken, die wir voranbringen wollen. Um eine Abwanderung der landwirtschaftlichen Produktion ins Ausland zu verhindern, wollen wir verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Landwirtinnen und Landwirte.

Antwort der SPD

Ganz generell haben uns die Lieferengpässe während der Pandemie vor Augen geführt, wie wichtig eine Unabhängigkeit von langen Lieferketten sein kann. In diesem Sinne haben wir für verschiedenen Komponenten unserer Industrie den Aufbau eigener Produktionsstätten in Europa angestoßen, etwa im Bereich der Microelektronik oder bei Batteriezellen, aber auch für die Maskenherstellung. Um Kommunen für die verschiedensten wichtigen Aufgaben stark und handlungsfähig zu erhalten, haben wir sie in Teilen von Sozialausgaben entlastet. Wichtig ist außerdem, den besonders hoch verschuldeten Kommunen einmalig hohe Altschulden abzunehmen.

IV Regionale Wertschöpfung

Sehen Sie die Notwendigkeit zur Schaffung eines regionalen Wertschöpfungs-managements in den Regionen Deutschlands, das die Akteure vernetzt, Impulse bündelt und in die Praxis umsetzt? Wie könnten solche Strukturen etabliert werden?

Antwort der CDU/CSU

CDU und CSU sehen Regionalstrategien mit einem regionalen Wertschöpfungsmanagement, das die Akteure vernetzt, Impulse bündelt und in die Praxis umsetzt, als sehr sinnvoll an. In der ersten Linie sind hier die Länder gefordert. Der Bund kann über das Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“ (BULE) mit innovativen Modellvorhaben Impulse setzen.

Der Bundesverband der Regionalbewegung leistet in der Vernetzung, im Austausch und in der Bündelung der Interessen der regionalen Akteure eine wichtige Arbeit. Wir haben dafür gesorgt, dass er seit 2017 im Rahmen der Projektförderung und seit 2019 auch institutionell von der Bundesregierung (BMEL) gefördert wird.

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen

Ein regionales Wertschöpfungsmanagement ist unbedingt sinnvoll. Es gibt ja schon sehr gute Vernetzungsansätze, wo auch die Regionalsiegel und Vermarktungsstrategien abgestimmt werden. Es gilt an Vorhandenes anzuknüpfen und es auszubauen, also die vorhandenen Verbände stärken und die bisher gewachsenen Vernetzungsstrukturen zu fördern.

Antwort von DIE LINKE

Auf regionaler Ebene kann der Aufbau eines Wertschöpfungsmanagements sinnvoll sein, um regionale Wirtschaftskreisläufe unter Einbezug und Vernetzung der lokalen Akteure und Kommunen zu gestalten und entsprechende die Regionalisierung begleitende Maßnahmen partizipativ und regional angepasst zu erarbeiten.

Antwort von der FDP

Wir Freie Demokraten haben die gesamte regionale Wertschöpfungskette, vom Feld bis auf den Teller, fest im Blick. Dabei fängt die Schaffung von Wertschöpfung schon in der Landwirtschaft an. Landwirtinnen und Landwirten brauchen daher verlässliche Rahmenbedingungen, sodass die Produktion von hochwertigen Lebensmitteln nicht zusehends ins Ausland verlagert wird. Für uns bedeutet die Schaffung von Bleibe-, Rückkehr- und Zuzugsperspektiven (und somit Wertschöpfung) für Menschen in ländlichen Räumen mehr als nur eine schlichte Verteilung von Fördermitteln. Durch vielfältige Instrumente und moderne Ansätze wollen wir die Lebensqualität der Menschen verbessern und Wirtschaftskraft erhalten. Wir wollen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen von der Lebensmittelbranche, der Landwirtschaft, dem Tourismus über das Handwerk bis zum Handel auch in ländlichen Regionen Perspektiven schaffen. Voraussetzungen hierfür sind eine flächendeckend zukunfts-taugliche digitale Infrastruktur, leistungsfähige Verkehrswege und ein starkes duales Bildungssystem. Innovative Mobilitätsformen wie das autonome Fahren können insbesondere für den ländlichen Raum eine schnellere und kostengünstigere Versorgung bedeuten. Mit Gigabit-Gutscheinen wollen wir den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen beschleunigen.

Antwort der SPD

Eine regionale Vernetzung aller relevanten Akteure ist sehr sinnvoll und wird sicher auch bereits vielfältig praktiziert. Helfen kann dabei das von uns geforderte Bundesprogramm Regionalvermarktung.

V Klimaschutz durch kurze Wege

Regionalvermarktung könnte aus Sicht der Regionalbewegung einen wesentlichen Beitrag zum „Klimaschutz durch kurze Wege“ leisten. Mit welchen Maßnahmen möchten Sie hier ansetzen, um regionale Wirtschaftskreisläufe als wesentlichen Teil in Ihrer Klimapolitik zu verankern?

Antwort der CDU/CSU

Wer sich mit regionalen, saisonalen Lebensmitteln ernährt, tut nicht nur etwas für die Umwelt, sondern unterstützt auch die heimische Landwirtschaft und stärkt regionale Wirtschaftskreisläufe. Je geringer der Transportaufwand ist, desto weniger CO₂ wird ausgestoßen - ein klares Argument für den regionalen Einkauf. CDU und CSU werden deshalb die Regionalvermarktung weiter fördern und Regionalität wie oben beschrieben besser sichtbar machen. Zudem wollen wir ergänzend zum Öko-Siegel ein Nachhaltigkeitssiegel für konventionelle Agrarprodukte entwickeln und Verbraucherinnen und Verbraucher so beim Kauf von besonders ressourcenschonenden Produkten unterstützen.

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen

Die Regionalvermarktung garantiert kurze Wege und ist zugleich wesentlicher Bestandteil der Nahversorgung. Es gilt die Möglichkeit zu schaffen, dass Wohnen, Leben und Arbeiten wieder an einem Ort stattfinden können, z.B. in einer "Stadt der kurzen Wege". In den ländlichen Räumen muss die Nahversorgung in den Dörfern gestärkt bzw. neu aufgebaut werden. Kombiniert mit einer flächendeckenden Breitbandversorgung, einem verlässlichen ÖPNV-Angebot und dem Recht auf Homeoffice wird dann auch hier ein autofreier Alltag möglich. Auf diese komplexe Kombination von Klimaschutz-Regionalität-Ökologisierung von Landnutzung, Wohnen, Handel und Verkehr ist unser GRÜNES Klimaschutzprogramm durch eine Kombination von Abbau ökologischer schädlicher Subventionen, Förderung und Ordnungsrecht ausgerichtet.

Antwort von DIE LINKE

Wir wollen eine sozial gerechte und auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft fördern mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung in kurzen, kooperativen Lieferketten. Bei dem Aus- und Aufbau von regionalen Wirtschaftskreisläufen mit dem Ziel der Sicherung der Ernährungssouveränität - inklusive Futtermittelversorgung - entfallen viele der internationalen klimarelevanten Transporte. Wir wollen die EU-Agrarförderung an gemeinwohlorientierte Leistungen binden (sozial, ökologisch, Klima- und Tierschutz). Wir wollen die Tierhaltung an die Fläche binden, am möglichst regionalen Bedarf ausrichten und in Regionen und am Standort deckeln. Haltungsnaher Schlachtmöglichkeiten sind notwendig, Lebendtiertransporten zu verbieten, die über ein Höchstmaß von vier Stunden hinausgehen. Die Marktmacht von Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen soll durch ein effektives, gemeinwohlorientiertes Kartellrecht beschränkt werden. Wir wollen Boden verfügbar machen für regional verankerte Landwirtschaftsbetriebe und ländliche Bevölkerung. Bauernland gehört nicht in die Hand landwirtschaftsfremder Investoren. Wir wollen einen öffentlichen Bodenfonds einführen, der an nachhaltig wirtschaftende, ortsansässige Agrarbetriebe zu fairen Konditionen langfristig verpachtet. Junglandwirt*innen und genossenschaftliche Konzepte wollen wir fördern.

Antwort von der FDP

Wir Freie Demokraten wollen den Klimawandel effektiv und sicher bekämpfen. Das gelingt verlässlich und gleichzeitig am kostengünstigsten mit dem CO₂-Emissionshandel. Wir wollen den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geographisch ausweiten. Die Politik gibt vor, wieviel CO₂ im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Wer hingegen besonders viel CO₂ spart, muss weniger Zertifikate kaufen und spart Geld und wer CO₂ speichert, muss dafür Geld erhalten. So schaffen wir Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien. Von diesem Ansatz profitieren regional erzeugte Lebensmittel, die klimafreundlicher erzeugt wurden, ganz klar im internationalen Wettbewerb.

Antwort der SPD

Wir brauchen einen Systemwechsel in der Landwirtschaft, weg von der bisherigen Exportorientierung und hin zu regionalen Nährstoff- und Wirtschaftskreisläufen. Diese Forderung haben auch die Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft eindrucksvoll bestätigt. Unsere Landwirtschaft steht angesichts von Globalisierung, Klimawandel und gesellschaftlichen Erwartungen vor großen Herausforderungen. Diese lassen sich mit den bisherigen Direktzahlungen, die nur an den Flächenbesitz gebunden waren, nicht bewältigen. Mit importierten Futtermitteln in Deutschland Tiere zu mästen, deren Ausscheidungen hier zu behalten und das Fleisch als Billigprodukt in den Export zu schicken, ist in der Gesellschaft niemandem zu vermitteln und für die Landwirt*innen auch wirtschaftlich auf Dauer nicht tragbar.

Die Lösung liegt in der Kombination von zwei Maßnahmen: öffentliche Gelder sollen zukünftig für öffentliche Leistungen der Landwirtschaft im Umwelt- und Klimaschutz sowie zum Erhalt unserer Kulturlandschaft eingesetzt werden. Außerdem muss der Einkauf regional und nachhaltig erzeugter Lebensmittel für die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung gezielt gefördert werden. So können landwirtschaftliche Betriebe ihre Produkte deutlich besser vor Ort und zu angemessenen Preisen verkaufen.

VI Regionalisierung in der Ernährungswirtschaft

*Über 80% der Verbraucher*innen wünschen sich mehr regionale Produkte. Dabei wird Regionalität häufig auch mit Nachhaltigkeit und Tierwohl in Verbindung gebracht. Wie kann mit einer Regionalisierung in der Ernährungswirtschaft auch eine nachhaltigere Landwirtschaft vorangebracht werden?*

Antwort der CDU/CSU

CDU und CSU haben im Regierungsprogramm für die nächste Legislaturperiode festgeschrieben, regionale und ökologische Lebensmittelhersteller bei der Entwicklung der ländlichen Räume zu berücksichtigen. Regionale Lebensmittelhersteller beziehen ihre Rohstoffe in der Regel aus der heimischen Landwirtschaft und gehen vielfältige Kooperationen mit der Landwirtschaft ein, die zum Beispiel die Weidetierhaltung und andere Formen der nachhaltigen Landwirtschaft gewährleisten.

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen

Der Wunsch, wieder mehr regional und handwerklich erzeugte Lebensmittel zu kaufen, in der Bäckerei, der Metzgerei, auf dem Bauernhof, wächst stetig. Eine stärkere Regionalisierung ist aus unserer Sicht aber auch notwendig, um die globalen Nachhaltigkeitsziele umzusetzen und ressourcensparende Transport-, Energie- und Versorgungsstrukturen aufzubauen. Außerdem hat uns die Corona-Krise vor Augen geführt, wie wichtig regional funktionierende Lieferketten sind. Wir GRÜNE wollen die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln stärken und sehen darin auch einen Beitrag zu einer nachhaltigeren und resilienteren Landwirtschaft. Daher unterstützen wir innovative und partizipative regionale Ansätze wie Erzeuger*innengemeinschaften, solidarische Landwirtschaft oder Ernährungsräte. Sie sind wichtige Akteur*innen, um regionale Strukturen in der Ernährungswirtschaft zu entwickeln, Nachfrage und Angebot besser miteinander zu verzahnen und Betriebe vor Ort zu stärken.

Antwort von DIE LINKE

Durch die Kopplung von Subventionen und Förderung im landwirtschaftlichen Bereich an soziale und ökologische Leistungen, faire Preise und gute Abnahmebedingungen in regionalen Lieferketten können den Landwirt:innen mehr finanzielle Spielräume gegeben werden. Damit können Agrarumwelt- und -klimamaßnahmen durchgeführt werden. Flankiert werden müssen diese Maßnahmen durch anreizbasierte Förderungen und kostenfreie Beratungen. Darüber hinaus soll der Ökolandbau bis 2030 auf mindestens 25 Prozent steigen. Dazu muss ein umfassendes Maßnahmenpaket von Bund und Ländern im Umfang von insgesamt 35 Millionen Euro jährlich verabschiedet werden. Ein wesentliches Instrument, Tierwohl mit nachhaltiger Landwirtschaft zu verbinden, ist die flächengebundene Tierhaltung: Wir fordern maximal 1,5 Großvieheinheiten (1 GV entspricht 1 Rind, 8 Schweinen oder 320 Legehennen) pro Hektar auf Landkreisebene bis 2030. Dies erfordert nicht nur eine Umverteilung der Tierbestände von viehintensiven in vieharme Regionen, sondern auch eine Abstockung der Tierbestände insgesamt. Das sorgt zum einen für weniger Gülle am Standort, weniger Transporte von Gülle, Futtermitteln und Fleisch und kann für mehr Tierwohl genutzt werden. Zur Stützung dieser Maßnahmen fordert DIE LINKE 50 Millionen Euro jährlich für eine soziale Abfederung in betroffenen Betrieben, angemessene Umstiegszeiten und vor allem eine kostenfreie Beratung.

Antwort von der FDP

Wir Freie Demokraten wollen die Produktion von Lebensmitteln nachhaltiger gestalten. Dabei setzen wir auf den Dialog mit der Branche, statt ihr stets pauschale Vorgaben zu machen. Das bedeutet, dass Landwirtinnen und Landwirte nicht durch Bürokratie und zusätzliche Regulierung belastet werden, sondern Umwelt- und Naturschutz vor Ort mit ergebnisorientierten Maßnahmen vorangebracht werden. Dazu zählen regionale Naturschutzkooperationen, die entsprechend auch vermarktet werden, um dem Verbraucher aufzuzeigen, welche Vorteile regionale Produktion in der Praxis bietet.

Antwort der SPD

Wir wollen für klare Vorgaben für die Regionalkennzeichnung sorgen, siehe Antwort 1.

- Bei der KiTa- und Schulverpflegung setzen wir uns dafür ein, dass die DGE-Qualitätsstandards verpflichtend werden. Nachhaltigkeit und Regionalität sollten dabei ebenfalls berücksichtigt werden. Allerdings liegt die Kita- und Schulverpflegung in der Verantwortung der Länder.
- Wir wollen ein staatliches Nachhaltigkeitslabel entwickeln. Angesichts der verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit (Gesundheit, Soziales, Umwelt, Tierschutz) wird dies eine Herausforderung, denn einheitliche und umfassende Nachhaltigkeitskriterien für Lebensmittel gibt es bisher nicht. Auch Regionalität wird dabei eine Rolle spielen. Ein staatliches, auf wissenschaftlich erarbeiteten nachvollziehbaren Kriterien beruhendes, möglichst verbindliches Label wäre wichtig, um den Labeldschunel für Verbraucher*innen zu lichten und eine verlässliche Hilfestellung für nachhaltige Konsumententscheidungen zu geben.

VII Bundesprogramm Regionale Wertschöpfung

Metzger-, Bäcker-, Wirte-, Höfesterben: die Zeit drängt, strukturpolitische Maßnahmen zu ergreifen! Können Sie unsere Forderung nach einem „Bundesprogramm Regionale Wertschöpfung“ im Sinne resilienter Regionen und zur Stärkung der Akteure regionaler Wirtschaftskreisläufe unterstützen?

Antwort der CDU/CSU

CDU und CSU wollen regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und die Wertschöpfung in den Regionen erhöhen. Dafür werden wir die Förderung des ländlichen Raums beständig weiterentwickeln und dabei insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen in regionalen Kreisläufen (Dreieck Landwirtschaft, regionale Lebensmittelwirtschaft mit Schlacht- und Verarbeitungsbetrieben, Bäckern und Gastronomie, Handwerk) stärken. Mit den beiden Gemeinschaftsaufgaben GAK und GRW (Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) gibt es bereits zwei zentrale Förderregime zur Entwicklung der regionalen Wirtschaftskraft, die sich gegenseitig ergänzen und deren Programme über die Umsetzung in den Ländern passgenau auf die Situation in den Regionen zugeschnitten werden können. Gleichwohl werden wir aber auch die Möglichkeit und den Mehrwert der Einrichtung eines Bundesprogramms „Regionale Wertschöpfung“ prüfen.

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen

In der Tat: Die Zeit drängt! Wir GRÜNE setzen uns für eine Harmonisierung der beiden Gemeinschaftsaufgaben „regionale Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und „Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) ein, sodass Betriebe, die vorwiegend oder ausschließlich regional vermarkten und für die Region strukturell bedeutsam sind, über eine der beiden Gemeinschaftsaufgaben gezielte Förderung erhalten können. Ihre Forderung nach einer gezielten Förderung für regionale Wertschöpfung unterstützen wir. Die Einrichtung eines Bundesprogramms ist eine denkbare Lösung. Wir GRÜNE streben ebenso danach die Förderlandschaft insgesamt übersichtlicher zu gestalten, damit die Gelder dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

Antwort von DIE LINKE

Ja, ein solches Bundesprogramm begrüßen wir. Die Länder und Kommunen dürfen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden. DIE LINKE fordert die Regionalisierung förderpolitisch auf nationaler sowie europäischer Ebene durch konkrete Maßnahmen zu verankern: der deutsche Strategieplan zur Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) soll stark an der regionalen Wertschöpfung und sozialökologischen Honorierungsmechanismen ausgerichtet werden. Auch auf EU-Ebene muss sich für eine bessere Finanzierung der "Zweiten Säule" der GAP eingesetzt werden, um die auf die Entwicklung der ländlichen Räume und eine nachhaltige sowie umweltschonende Bewirtschaftung zielenden Programme entsprechend dem Bedarf finanzieren zu können. Die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) muss auf die Landwirtschaft ausgeweitet sowie die Förderung vor- und nachgelagerter Bereiche an die Etablierung regionaler Wertschöpfungsketten gekoppelt werden. Das 'Primäreffekt-Kriterium' (Förderungsbedingung, nach der mehr als 50 Prozent der Waren überregional abgesetzt werden müssen) muss für diese Bereiche ausgesetzt werden. Außerdem müssen die Fördermöglichkeiten für den Ausbau regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) sowie das Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) gestärkt und die Beantragung der Fördermittel deutlich vereinfacht werden, um damit den Mittelabfluss besser gewährleisten zu können.

Antwort von der FDP

Wir Freie Demokraten haben bereits zahlreiche Ideen zur Modernisierung unseres Landes, um einen echten Aufholwettbewerb zu starten und die Herausforderungen unserer Zeit im Hinblick auf den Strukturwandel zu bewältigen. Über viele Jahre ist das Regulierungsniveau für die Betriebe in der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft stets gestiegen. Dokumentations- und Aufzeichnungspflichten belasten vor allem die kleinen und mittleren Betriebe unverhältnismäßig. Hier wollen wir ansetzen und für eine echte Entfesselung sorgen. Zudem wollen wir die Mittel des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) effizienter nutzen und die Strukturförderung verbessern.

Ein gesondertes Bundesprogramm, was über die Bereitstellung von Mitteln für regionale Marketingmaßnahmen hinausgeht, birgt das Risiko, dass enge Vorgaben des Bundes regionalen Ansätzen im Wege stehen würden. Die Herausforderung für die Regionen, die jeweiligen Eigenheiten und Vorzüge müssen individuell hervorgehoben und betont werden. Unabhängig davon sehen wir, dass die von deutscher und europäischer Ebene getragenen Fördermaßnahmen zur touristischen Vermarktung der Regionen überaus erfolgreich sind und nach Möglichkeit ausgebaut werden sollten, nicht zuletzt um von der globalen touristischen Entwicklung profitieren zu können.

Antwort der SPD

Ja, siehe auch Antwort auf Frage 2. Darüber hinaus wollen wir die regulären Wirtschaftsförderprogramme für die strukturschwachen Regionen öffnen, so dass auch kleine Unternehmer profitieren.

VIII Digitalisierung in der Regionalvermarktung

Die Digitalisierung schreitet in der Regionalvermarktung voran. Online-Marktplätze, Online-Shops und Online-Plattformen sind auf dem Vormarsch. Viele regionale Anbieter sind auf der Suche nach passenden Software- und Logistiklösungen. Wie kann die Entwicklung dieser Lösungen gefördert werden?

Antwort der CDU/CSU

Die Digitalisierung wird künftig auch in der Regionalvermarktung eine noch größere Rolle spielen – zum Beispiel über die Nutzung von Online-Marktplätzen. Die von CDU und CSU-geführte Bundesregierung fördert kleine und mittlere Unternehmen sowie regionale Initiativen bei Digitalisierungsfragen über das Mittelstand 4.0 - Kompetenzzentrum Handel. Das Kompetenzzentrum bietet eine große Bandbreite an Informationen und Informationskanälen, Workshops, Formaten und Webinaren zum Online-Handel. Ebenso werden bereits modellhaft Plattformlösungen, mit denen bäuerliche Betriebe, Regionalvermarkter und städtische Nachfrager zusammengebracht werden, gefördert. CDU und CSU werden diesen Weg weitergehen und wollen innovative Lösungen noch stärker voranbringen. Die digitale Vermarktung regionaler Spezialitäten wird deshalb ihren Platz in unserem Ideenwettbewerb zum Berufsfeld Landwirtschaft haben, den wir in unserem Regierungsprogramm festgeschrieben haben. Startups in dem Bereich sollen auch von der Einrichtung eines Agri-FoodTech-Wagniskapitalfonds profitieren.

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen

Die Verknüpfung von regionaler und Nahversorgung mit digitalen Angeboten, ist ein wesentlicher Aspekt, um eine Vollversorgung vor Ort zu erreichen. Da gibt es vielversprechende Projekte und Bestpraxisbeispiele, wo der Vertrieb von regionalen Produkten, Kultur- und gesellschaftlichem Treffpunkten mit Onlinestationen (Marktplatz, Abhol- und Bestellservice für Onlinebestellung, Verteilstationen für Onlinelieferungen) verknüpft wurden. Insgesamt sind individuelle Lösungen die erfolgversprechendsten, da die lokalen und regionalen Bedingungen und Besonderheiten berücksichtigt werden sollten. Die Entwicklung passender und geeigneter Softwarelösungen sollte daher auch regional erfolgen. Denkbar ist aber auch eine Unterstützung auf Bundesebene im Rahmen eines Bundesprogrammes "Regionalvermarktung".

Antwort von DIE LINKE

Zunächst muss der Breitbandausbau massiv vorangetrieben werden. Dafür wollen wir 10 Milliarden Euro pro Jahr bereitstellen. Die Kommunen sollen die Netze dauerhaft in öffentlicher Hand betreiben können. Darüber hinaus sind die Bundesländer dabei zu unterstützen, die große Investitionsbereitschaft im Bereich der Digitalisierung dazu zu nutzen, regionale Kooperationen wie Sharing-Modelle für Geräte oder Wissen, sowie Vernetzung und Logistik bereitzustellen und zu fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass durch öffentliche Gelder finanzierte Software als freie Software veröffentlicht wird und so der Allgemeinheit zur Verfügung steht. Wir wollen wohnortnahe soziale Zentren in den Dörfern und Stadtteilen schaffen, die als Orte der Begegnung und Vernetzung dienen und grundlegende Dienstleistungen wie Einkaufsläden, Post, Bank und öffentlichen Internetzugang anbieten. Das erleichtert auch regionalen Erzeugern die Vermarktung.

Antwort von der FDP

Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung unseres gesamten Landes voranbringen. Voraussetzung für die Verknüpfung von stationärem mit dem Online-Handel ist eine leistungsfähige digitale Infrastruktur. Mit Gigabit-Gutscheinen und einer Entbürokratisierung beim Ausbau wollen wir einen echten Aufholwettbewerb. Zudem fordern wir Freie Demokraten ein Ministerium für digitale Transformation. Um Synergieeffekte zu nutzen und eine schlankere und effizientere Regierung zu gestalten, wollen wir Kompetenzen in einem Ministerium bündeln und es eng mit den anderen Regierungsressorts verknüpfen. Nur so können wir die digitale Transformation von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zum Nutzen aller Menschen in unserem Land schnell, effizient und konsistent gestalten.

Antwort der SPD

Bereits mit dem Konjunkturprogramm aus dem Sommer 2020 wird die Digitalisierung besonders gefördert. Zum einen gibt es eine erweiterte steuerliche Abschreibung auf digitale Wirtschaftsgüter. Daneben wird der Auf- und Ausbau von digitalen Plattformen und die Befähigung von kleinen und mittleren Unternehmen zur beschleunigten digitalen Transformation gezielt gefördert. Außerdem wird flächendeckend in den besonders schlecht versorgten Gebieten der Glasfaser-Breitbandausbau massiv vorangebracht. Somit sind die Voraussetzungen geschaffen, die lokalen Verbände und Unternehmen sollten dies umsetzen.